



Ministerium für Soziales und Integration
Baden-Württemberg

26.04.2018

Runder Tisch Geburtshilfe

Bericht zur Versorgungssituation in der Geburtshilfe liegt vor



Immer mehr Kliniken in Baden-Württemberg haben Probleme, offene Hebammenstellen zu besetzen. Das geht aus einem Bericht hervor, den das Heidelberger Institut für Public Health im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration erstellt hat. Die Ergebnisse wurden am Mittwoch (25. April) bei der jüngsten Sitzung des Runden Tisches Geburtshilfe diskutiert.

Auf Initiative des von Staatssekretärin Bärbl Mielich ins Leben gerufenen Runden Tisches Geburtshilfe untersuchten die Wissenschaftler die aktuelle Versorgungssituation im Land und erörterten, wie die werdenden Mütter besser betreut werden können. Der Abschlussbericht umfasst die Entwicklung seit dem Jahr 2010 bis heute. „Der Abschlussbericht dient uns nun als Grundlage dafür, die Versorgungssituation in Baden-Württemberg mit neuen Impulsen zu versehen und weiter zu verbessern“, sagte Bärbl Mielich nach der Sitzung.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Bericht

Im Jahr 2016 arbeiteten in Baden-Württemberg bei steigenden Geburtenzahlen 176 Beleghebammen in 15 Krankenhäusern mit Belegabteilungen. Im Jahr 2015 arbeiteten an den 65 Kliniken mit geburtshilflichen Abteilungen, die sich an der Umfrage beteiligten, insgesamt 1.048 Hebammen, dies entspricht 619 Vollzeitkräften. Von den an der Umfrage beteiligten Kliniken berichtete mehr als die Hälfte über **Probleme, offene Hebammenstellen zu besetzen**. Auffällig ist auch die kurze Verweildauer der Hebammen im Beruf von vier bis sieben Jahren.

Auch die Stellen für die **Fachärztinnen und -ärzte** sowie Ärztinnen und Ärzte in der Weiterbildung ließen sich bei jeder dritten Klinik nicht besetzen. Im Jahr 2017 waren mehr als zwei Drittel der niedergelassenen Frauenärztinnen und Frauenärzte 50 Jahre alt oder älter, was bedeutet, dass spätestens bis zum Jahr 2030 zwei Drittel der Frauenarztpraxen nachbesetzt werden müssen.

Bärbl Mielich: „Versorgungsengpässe bestehen insbesondere für Hebammenhilfe vor einer Geburt. Bis zu 51 Prozent der befragten Mütter berichteten von **Schwierigkeiten bei der Suche nach einer Hebamme**.“ Der Großteil der freiberuflich tätigen Hebammen berichtete von mehr Anfragen nach Hebammenleistungen als diese annehmen können, dies gelte auch für die Nachsorge. „Die Versorgungsengpässe sind regional unterschiedlich. Wir müssen zusehen, dass wir flächendeckend eine optimale Versorgung für werdende Mütter fördern können“, so Mielich weiter. „Wir möchten, dass alle Frauen in Baden-Württemberg die gleichen Chancen und den gleichen Zugang zur Hebammenversorgung haben.“

Im Jahr 2018 verfügen die 10 bestehenden Hebammenschulen über eine Kapazität von 480 Ausbildungsplätzen. Durch Aufnahme neuer Klassen soll diese Kapazität bis 2019 um weitere bereits geplante 146 Ausbildungsplätze, auf insgesamt 626 **Ausbildungsplätze** ansteigen. Aufgrund des schrittweisen Kapazitätsausbaus und der Ausbildungsdauer von momentan drei und zukünftig vier Jahren (nach der Akademisierung) werden zusätzlich ausgebildete Hebammenschülerinnen und Entbindungspflegeschüler in den Jahren 2020 bis 2024 in den Arbeitsmarkt eintreten. „Wir sehen uns durch den Bericht in unserer Entscheidung bestätigt, die Ausbildungskapazitäten weiter auszubauen“, so Staatssekretärin Mielich.

Ergänzende Informationen

Für den Bericht wurden insgesamt fünf Umfragen von den Berufsverbänden der Frauenärzte, der Hebammen, der Kinder- und Jugendärzte sowie der Krankenhausgesellschaft und dem Ministerium für Soziales und Integration in Baden-Württemberg im Rahmen des Runden Tisches durchgeführt.

Für die Analyse wurden Routinedaten aus dem Gesundheitswesen mit weiteren Daten zusammengeführt und ergänzt, die die Einschätzungen der Betroffenen – sowohl von Eltern als auch in der Geburtshilfe Tätigen – wiedergeben.

Zusammenfassung des Berichts des Heidelberger Instituts für Public Health: